

*Zum Verbleib beim Bieter bestimmt, nicht mit dem Angebot zurückgeben!*

**Genderhinweis:**

*Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.*

## An alle Bieter

### Besondere Bewerbungsbedingungen für die Öffentliche Ausschreibung gem. § 9 UVgO

Sehr geehrte Damen und Herren,

die GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH (im Folgenden „GSI“, „Vergabestelle“ oder „Auftraggeber“) führt eine Öffentliche Ausschreibung gem. § 9 UVgO für die Ausschreibung **„Rahmenvereinbarung Gefahrostoffentsorgung“** nachfolgenden Bedingungen durch:

#### 0. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Nach Erhalt der Vergabeunterlagen hat der Bewerber/Bieter diese auf Vollständigkeit zu überprüfen. Sind die Vergabeunterlagen unvollständig oder enthalten sie nach Auffassung des Bewerbers/Bieters Unklarheiten, so hat der Bewerber/Bieter unverzüglich den Auftraggeber vor Abgabe des Angebots über das DTVP darauf hinzuweisen.

#### 1. Vergabeunterlagen und Bestandteile des Angebots

**HINWEIS:** Klarstellend hebt die Vergabestelle hervor, dass die Begriffe „Bewerber“, „Bieter“, „Anbieter“ und „Auftragnehmer“ jeweils dieselbe (juristische) Person bezeichnen. Die „Bewerbergemeinschaft“ und die „Bietergemeinschaft“ werden ebenfalls synonym verwendet; der Übersichtlichkeit halber findet sich in den weiteren Unterlagen nur der Begriff „Bietergemeinschaft“.

Folgende von der GSI mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellten Formblätter sind als Bestandteil des Angebots bei der Vergabestelle ausgefüllt einzureichen:

Geschäftsführung:  
Professor Dr. Thomas Nilsson  
Dr. Katharina Stummeyer  
Jörg Blaurock

Vorsitzende des GSI-Aufsichtsrats:  
Ministerialrätin Dr. Andrea Fischer

Sitz: Darmstadt  
Amtsgericht Darmstadt HRB 1528  
UST-IdNr.: DE 111 671 917

Landesbank Hessen/Thüringen  
IBAN DE56 5005 0000 5001 8650 04  
BIC HELADEF3333

- **Angebotsformblatt**
- **Formblatt Erklärung zur Eignung nach § 31 UVgO und §§ 123, 124 GWB analog**
- **Formblatt zu Verstößen gegen das SchwarzArbG, das AEntG, das AufenthG sowie gegen das MiLoG**
- **Formblatt Berufshaftpflichtversicherung**  
Der/Die Auftragnehmer\*in ist verpflichtet, für die von ihm/ihr eingesetzte Personen eine Haftpflichtversicherung mit Deckungssummen je Schadensfall von mindestens
  - 5.000.000,00 Euro für Personenschäden,
  - 1.000.000,00 Euro für Sachschäden,
  - 1.000.000,00 Euro für Vermögensschäden
  - 500.000,00 Euro für Bearbeitungsschäden und
  - 500.000,00 Euro für Schlüsselverlustund während der Vertragsdauer aufrechtzuerhalten. Dem Auftraggeber ist ein entsprechender Nachweis vor Vertragsbeginn für die gesamte Vertragslaufzeit vorzulegen.
- **Ggf. Formblatt Bietergemeinschaft**
- **Ggf. Formblatt Unterauftragnehmer, im Falle der Eignungsleihe zwingend zusammen mit der ausgefüllten und vom Unterauftragnehmer unterzeichneten Verfügbarkeitserklärung**

#### **Eignung: Datenschutz**

Der Bietende muss technische und organisatorische Maßnahmen einhalten, um den Datenschutz und die Datensicherheit zu gewährleisten. Hierfür hat er das Dokument „Erklärung zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen“ einzureichen.

**Folgende Unterlagen sind vom Bieter zu erstellen und als Bestandteil des Angebots ebenfalls bei der Vergabestelle einzureichen:**

- **Qualifikationsprofile der für die Leistungserbringung vorgesehenen Mitarbeiter**
  - *Qualifikation des Personals (Gefahrstoffe, Gefahrgut) ADR-Schein und Schulung nach TRGS 520 nachweisen.*
- **Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb Efb Zertifikat „Entsorgungsfachbetrieb nach §56 Kreislaufwirtschaftsgesetz**
- **Einhaltung aller Schutzmaßnahmen für Personal und Umwelt, Nachweis an Hand Eigenerklärung**
- **Umsetzung gesetzlicher Anforderungen (KrWG, ADR, GefStoffV, NachwV, TRGS 520) per Eigenerklärung einreichen.**

- **Breite und Umfang des Entsorgungsspektrums erläutern**
  - *Erfahrung mit Labor- und Forschungsabfällen, Nachweis an Hand Eigenerklärung.*
  - *Umgang mit wechselnden und unbekannten Abfällen, per Eigenerklärung einreichen.*
  - *Reaktionszeiten bei Abholanfragen – wie ist eine Abholung innerhalb von 2 Wochen nach Auftrag bei Ihnen sichergestellt? Wir bitten um kurze Erläuterung Ihrer Abwicklungsprozesse.*

Folgende Unterlagen sind ebenfalls Bestandteil des Angebots, verbleiben jedoch beim Bieter und sind nicht auszufüllen:

- **Leistungsbeschreibung)**
- **Allgemeine Einkaufsbedingungen der GSI, Stand Juli 2022**
- **VOL/B in der aktuellen Fassung**

Die mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellten Formblätter sind – in Abhängigkeit vom Angebot – vollständig auszufüllen. Die Nichtvorlage bzw. unvollständige Vorlage der geforderten Unterlagen sowie wissentlich falsche Erklärungen können zum Ausschluss des Bieters von der Ausschreibung führen. GSI behält sich eine einmalige Nachforderung von Unterlagen innerhalb einer im Nachforderungsschreiben festzusetzenden Frist gemäß § 41 UVgO vor. Die Bieter können sich auf eine Nachforderung aber nicht verlassen. Letztendlich unvollständige Angebote werden ausgeschlossen (§ 42 Abs. 1 Nr. 2 UVgO).

Bieter dürfen dem Angebot keine eigenen Vertragsbedingungen zugrunde legen. Änderungen an den Vergabeunterlagen (beispielsweise Streichungen oder Ergänzungen in den zur Verfügung gestellten Unterlagen an dafür nicht vorgesehenen Stellen) sind unzulässig und führen zum Ausschluss vom weiteren Verfahren, § 42 Abs. 1 Nr. 4 UVgO.

## **2. Frist für die Abgabe der Angebote**

Die in der Bekanntmachung genannte Frist für die Abgabe der Angebote ist unbedingt einzuhalten. Verspätet eingegangene Angebote werden vom Verfahren ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 42 Abs. 1 Nr. 1 UVgO).

## **3. Anforderungen an die Form der Angebote**

Die Vergabestelle akzeptiert die Angebotsabgabe ausschließlich elektronisch in Textform.

**Die Übermittlung der Angebote in elektronischer Form erfolgt fristgerecht über den Vergabemarktplatz DTVP (Deutsches Vergabeportal).**

URL: <http://www.dtv.de/Center/>

Die von der GSI bereitgestellten Formblätter und sonstigen auszufüllenden Dokumente können

- entweder in der Rubrik „auszufüllende Dokumente“ online im Bietertool ausgefüllt werden oder
- zusammen mit den weiteren vom Bieter separat zu erstellenden Bestandteilen des Teilnahmeantrags bzw. Angebots (Konzepte oder Erläuterungen etc.) lokal ausgefüllt bzw. erstellt und sodann sämtlich in der Rubrik „Eigene Dokumente“ hochgeladen werden.

Die Bieter sollen jedoch nicht die Formblätter online ausfüllen und nochmals separat hochladen, da hierbei Übertragungsfehler geschehen können und der Aufwand auf beiden Seiten erhöht wird.

Zur Wahrung der Textform gemäß § 126b BGB bei Angebotsabgabe müssen die Bieter nachfolgende Angaben machen:

- Bei natürlichen Personen ist der vollständige Name (Vor- und Nachname) zu nennen (Name der erklärenden Person im Angebotsformblatt).
- Bei juristischen Personen, Handelsgesellschaften und Gesellschaften sind der Firmenname zu nennen und die Rechtsform. Darüber hinaus ist der vollständige Name des Mitarbeiters/der Mitarbeiterin zu nennen, der/die für die Firma das Angebot abgibt (Name der erklärenden Person im Angebotsformblatt). Das Einfügen eines Firmenlogos reicht nicht aus.
- Bei Bietergemeinschaften ist als erklärende Person im Sinne von § 126b BGB der Mitarbeiter/die Mitarbeiterin des federführenden Mitglieds im Angebotsformblatt zu benennen, der/die für die Bietergemeinschaft das Angebot abgibt; im Übrigen ist das Formblatt „Erklärung Bietergemeinschaft“ einzureichen.

Zu beachten ist, dass bei elektronischer Einreichung die Textform des § 126b BGB im Vergaberecht nur eingehalten ist, wenn die Angebote über die Vergabepattform verschlüsselt übermittelt werden (vgl. die Information zur eVergabe). **Die Einreichung des Angebots per E-Mail genügt nicht.**

Bei fehlerhaften / unvollständigen Angaben, welche bei der elektronischen Einreichung die Textform gem. § 126b BGB verletzen oder bei der Einreichung in Papierform die oben genannten Formvoraussetzungen, werden die Angebote ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 42 Abs. 1 Nr. 1 UVgO).

#### **4. Kommunikation mit den Bietern**

Die Kommunikation mit den Bietern erfolgt über die Ausschreibungsplattform des DTVP. Fragen sind über das DTVP an die GSI zu übermitteln und werden über das DTVP beantwortet. Mündlich bzw. telefonisch gestellte Fragen zu den Unterlagen oder dem Auftragsgegenstand werden nicht beantwortet; mündlich bzw. telefonisch erteilte Antworten sind nicht verbindlich.

## 5. Sprachen

Verfahrens- und Vertragssprache ist Deutsch. Die Vergabeunterlagen sind ggf. teilweise in Deutsch und Englisch verfasst, Spezifikationen und technische Anlagen teilweise auch nur in Englisch. Bei Dokumenten, die in Deutsch und Englisch verfasst sind, ist allein die deutsche Fassung verbindlich; die englische Version dient in diesem Fall nur dem besseren Verständnis für ausländische Bieter. Im Falle von Abweichungen zwischen der deutschen Version und der englischen Übersetzung gilt der deutsche Originaltext.

Wenn der Bieter dem Angebot Eignungsnachweise in einer anderen Sprache beifügt, sind deutsche Übersetzungen mit einzureichen.

## 6. Zuschlagskriterien / Angebotsauswertung

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Die zur Wertung zugelassenen Angebote werden anhand Zuschlagskriterien mit der entsprechend angegebenen Gewichtung gewertet.

Unter Beachtung der allgemeinen Grundsätze der Gleichbehandlung und Transparenz hat der Auftraggeber folgende Zuschlagskriterien festgelegt: **Zuschlagskriterium „Gesamtangebotspreis“** welches **mit 100 % in** die Bewertung einfließt.

Zur Abgabe des preislichen Angebots ist das **Angebotsformblatt** auszufüllen, dessen Vorgaben im Angebotsformblatt selbst und in der Leistungsbeschreibung näher ausgeführt sind.

Für die Leistungserbringung sind ausschließlich die im Angebotsformblatt ausgewiesenen Preise maßgeblich. Bei den angegebenen Größenordnungen der unter dem Vertrag abzuleistenden Stunden handelt es sich – soweit nicht anders angegeben – um unverbindliche Schätzungen zur Ermittlung von vergleichbaren Angebotspreisen, die somit nicht als Prognose, Zusicherung o.ä. zu verstehen sind!

## 7. Nebenangebote, § 25 UVgO

**Nebenangebote sind nicht zugelassen.**

## 8. Erläuterungen zum Angebot

Der Bieter fügt dem Angebot ein Dokument bei, indem er den Gesamtangebotspreis sowie den angebotenen Leistungsumfang detailliert erläutert. Die in der Leistungsbeschreibung geforderten Angaben sind zu belegen.

## 9. Gewerbliche Schutzrechte, § 38 Abs. 11 UVgO

Sollten für den Gegenstand des Angebots gewerbliche Schutzrechte bestehen oder vom Bieter oder anderen beantragt sein, ist das in den Erläuterungen zum Angebot

anzugeben. Sollte ein Bieter erwägen, Angaben aus dem Angebot zum Gegenstand einer Anmeldung eines gewerblichen Schutzrechtes zu machen, ist das in den Erläuterungen zum Angebot deutlich anzugeben.

#### **10. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfe, sonstige Hinweise**

Ein Vergabenachprüfungsverfahren steht für Vergaben unterhalb der Schwellenwerte nicht zur Verfügung, lediglich der allgemeine gerichtliche Rechtsschutz durch einen Eilantrag oder eine Klage. Das zuständige Zivilgericht ist – je nach Streitwert, § 3 ZPO – das folgende:

Amtsgericht Darmstadt  
Mathildenplatz 12  
64283 Darmstadt

Landgericht Darmstadt  
Mathildenplatz 13/15  
64283 Darmstadt

Postanschrift:  
Postfach 11 09 51  
64224 Darmstadt

Postanschrift:  
  
64278 Darmstadt

Tel.: 06151/9920  
Fax: 06151/9925050  
E-Mail: [redaktion@ag-darmstadt.justiz.hessen.de](mailto:redaktion@ag-darmstadt.justiz.hessen.de)  
Internet: <http://www.ag-darmstadt.justiz.hessen.de>

Tel.: 06151/121  
Fax: 06151/125917  
E-Mail: [verwaltung@lg-darmstadt.justiz.hessen.de](mailto:verwaltung@lg-darmstadt.justiz.hessen.de)  
Internet: <http://www.ag-darmstadt.justiz.hessen.de>

Auch wenn die formelle Rügepflicht nach § 107 GWB nur für Verfahren oberhalb der Schwellenwerte gilt, sind die Bewerber bzw. Bieter aufgefordert, sich wegen aus ihrer Sicht bestehender Verstöße gegen die vergaberechtlichen Grundsätze von Wettbewerb, Transparenz und Gleichbehandlung vor Einleitung gerichtlicher Verfahren an die GSI zu wenden.

Der Bewerber /Bieter wird aufgefordert, die Teile seines Teilnahmeantrags und seines Angebots, die ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis beinhalten, deutlich zu kennzeichnen.

Die GSI wird Bewerber oder Bieter unverzüglich nach der Erteilung des Zuschlags gemäß § 46 UVgO darüber informieren. Gleiches gilt hinsichtlich der Aufhebung oder erneuten Einleitung eines Vergabeverfahrens einschließlich der Gründe dafür. Die GSI unterrichtet auf Verlangen des Bewerbers oder Bieters unverzüglich, spätestens innerhalb von 15 Tagen nach Eingang des Antrags die nicht berücksichtigten Bieter unter Beachtung der Beschränkungen von § 30 Abs. 2 UVgO über die wesentlichen Gründe für die Ablehnung ihres Angebots, die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebots sowie den Namen des erfolgreichen Bieters, und die nicht berücksichtigten Bewerber über die wesentlichen Gründe ihrer Nichtberücksichtigung.



Informationen gemäß Art. 13 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen  
Daten im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung erhalten Sie unter:

[www.gsi.de/datenschutzhinweise](http://www.gsi.de/datenschutzhinweise)

GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH